

Preußen.

K. C. Landtags-Verhandlungen.

Heute (14. Jan.) Mittag 1 1/2 Uhr wurde der Landtag von Sr. Majestät dem Könige in Person eröffnet. Die äußeren Formalitäten waren genau dieselben, wie in früheren Jahren. Den Dienst im weißen Saale versahen Krongardien, welche, so lange der König sprach, präsentirten. Die Diplomatenlogen waren stark besetzt; in der Mittel-Lage befanden sich die Königin und die Prinzessin Karl, welche die Eröffnungsrede stehend mit anhörten. Bis 1 1/2 Uhr herrschte laute Unterhaltung im Saale, in welchem das Civil- und Militärschülercorps in Uniformen um so mehr zurücktrat, als die Mitglieder des Abgeordnetenhauses sich nicht eben zahlreich eingefunden hatten, und verschiedene Mitglieder der Diplomatie sich in sehr auffallenden Galaanzügen unter den Abgeordneten bewegten. Von bekannten Mitgliedern bemerkten wir Waldeck, Gneist, Pette und Simon. — Der König, der bei seinem Eintritt mit dreimaligem Zuruf begrüßt wurde, verlas die Rede vom Throne mit gleichmäßiger, fester Stimme, nur der letzte Abschnitt erhielt stärkere Accente, und der Vortrag verrieth eine gewisse Bewegtheit. Dem Schluß der Rede folgte wiederum dreimaliger Zuruf, worauf der Ministerpräsident die Sitzung des Landtages im königlichen Auftrage für eröffnet erklärte.

Erste Sitzung des Hauses der Abgeordneten (14. Jan.).
Eröffnung 2 1/2 Uhr. Es haben sich 239 Abgeordnete gemeldet. Von den Ministern ist keiner anwesend.
Präsident Grabow:

Meine Herren!

Nach den Bestimmungen unserer Geschäftsordnung, hinsichtlich deren ich mit Ihrer Zustimmung annehme, daß sie auch für die so eben begonnene 2. Session der 8. Legislaturperiode in Kraft bleiben soll, (Baus) eröffne ich hiermit die 1. Sitzung derselben und heiße Sie alle in diesem neuen Jahre, dem Jubeljahre der deutschen Befreiungskämpfe herzlich willkommen. Seit unserer letzten Entlassung zum heimathlichen Herde ist eine mit aller Energie von diesem Hause stets erstrebte, von den lebhaftesten Sympathien des preussischen und deutschen Volkes getragene, von ihm mit fieberhafter Spannung durch alle ihre einzelnen Phasen begleitete, auf Preußens Beruf in Deutschland sich gründende, nationale That vollbracht.

Die Befreiung und Trennung der deutschen Herzogthümer von Dänemark hat ein aus den verschiedensten Pflanzungen und Dienstaltern unseres tapferen Volkes in Waffen gebildetes heldenmüthiges Heer im Vereine mit Oesterreichs braven Kriegern unter der kühnen Führung eines ruhmgeliebten Hohenzollern und unter Mitwirkung unserer jungen, in der Feuerprobe glänzend bewährten Marine, mit seinem Blute theuer erkämpft und das vom stolzen Uebermuth beugte deutsche Recht wieder hergestellt. Die Erringung der doppelten Schanzen, der Uebergang nach Asten reihen sich den Thaten glorieich an, welche Preußens Waffenruhm unsterblich gemacht haben.

Die Scharte von Olmütz ist ausgeglichen, der londoner Vertrag vom 8. Mai 1852 gerissen, Preußens verpfändete Ehre auf Schleswigs Fluren ruhmreich eingeleitet. — In stolzer Freude über die so vollstündlichen, durch die unmissherrliche Macht der unausfaltbaren Ereignisse errungenen Erfolge, hat denn auch das für Wahrheit und Gerechtigkeit, für Freiheit, Recht und Ehre stets opferbereite preussische Volk seine den Grothaten der Väter aus den Jubeljahren 1813 und 1815 würdig zur Seite tretenden Söhne auf allen ihren Kampfeswegen mit seinen Liebesopfern unausgesetzt begleitet und sie nach hergestelltem Frieden überall auf ihrem Siegesheimgange mit lautem Jubel feierlich und freudig empfangen.

Viele, die in dem blutigen Befreiungskampfe mit ausgezogen, sind nicht heimgekehrt, sie ruhen in der durch ihren Heldentod miterkämpften deutschen Erde, mahnen aber mit dem, wie sie gefallenen Heldenbrüder das deutsche Volk:

„Bereit die treuen Todten nicht und schmäde
Auch unsre Aeren mit dem Eichenkranz.“
Andere sind dienst- und erwerbsunfähig in die Heimath zurückgekehrt. Seltene Pflicht unseres Staates bleibt es, für sie zu sorgen. Die Mittel gewähren die neuern Steuern des Volkes. — Wir aber, dieses Volks Vertreter, bringen beim Beginn unserer Thätigkeit vor Allem den heimkehrenden Siegern für ihre opferbereite, todesmüthige Treue und ruhmreiche Befreiung der deutschen Brüder in den Nordmarken den Dank des Vaterlandes mit tiefbewegtem Herzen durch Erhebung von unsern Sigen dar.

(Das ganze Haus erhebt sich.)
Und nun lassen Sie uns, M. H., unsere Arbeiten zum Heil und Frommen unseres Vaterlandes mit dem freudigen Rufe beginnen: Hoch lebe Se. Majestät unser König Wilhelm I. (das Haus stimmt dreimal ein).

Zu provisorischen Schriftführern werden berufen die Abg. Graf Eulenburg, Bruns, Bauls und Kleinsorge. Darauf erfolgt die Verlesung in die 7 Abtheilungen, von denen sich einige mit Wahlprüfungen zu beschäftigen haben werden; die Abtheilungen versammeln sich Montag 9 1/2 Uhr, um 10 Uhr die zweite Plenarsitzung, in welcher das Haus sich constituiren und die Präsidenten wählen wird.

Erste Sitzung des Herrenhauses.

Eröffnung der Sitzung um 2 1/2 Uhr. Am Ministerisch der Justizminister Graf zur Lippe, und der Minister für landwirthschaftliche Angelegenheiten u. s. w. Herr v. Selchow.

Nach § 1 der Geschäftsordnung nimmt Graf Stolberg den Präsidentenstuhl ein. Schriftführer sind die Fürsten v. Pleß und Putbus, Graf Karmar und Frh. v. Hardenberg. Auf Lebenszeit sind in das Haus einberufen der Vicepräsident des Obertribunals v. Schlimmann und Herr Geh. R. Ewan-ger. 98 Mitglieder sind anwesend.

Hierauf wird Graf Stolberg mit 93 Stimmen zum Präsidenten gewählt. Er dankt mit folgenden Worten: „Als wir uns vor einem Jahre trennten, bewegte unser Herz die Hoffnung, daß sich Gott der Allmächtige zu unserm König bekennen werde, in dem was er unternommen, und wir begaben heiße Wünsche für die Armeen, die eben ganz besonders das eigenste Werk unseres Königs Wilhelm in letzter Zeit gewesen ist. Mit Gottes Hilfe hat unser königlicher Herr der Welt gezeigt, wie er Hand in Hand mit seinem kaiserlichen Bundesgenossen für deutsches Recht und preussische Macht einzustehen wußte. Wo die schwarz-weißen und die schwarz-gelben Fahnen wehten, da war der Sieg an jedes einzelne Bayonnet befestigt. Und wie das Ministerium seine Stärke darin fand, des Königs Gedanken und Willen überall auszuführen, so werden auch wir in diesem Hause unsere Pflicht erfüllen. Wir rufen heute doppelt freudig: Es lebe der siegreiche König! unser König und Herr, Er lebe hoch!“

Das Haus erhebt sich und stimmt dreimal mit Begeisterung ein.
Zum ersten Vice-Präsidenten wird Herr v. Frandenberg-Ludwigsdorf mit 68 und zum zweiten Herr v. Brühl mit 60 Stimmen gewählt. Beide nehmen dankbar an; der letztere mit der Bemerkung: seine Stellung gleiche dem fänksten Hade am Wagen; er werde sie möglichst unschädlich auszufüllen bemühen. Herr v. Frandenberg bemerkt ausdrücklich, daß er im nächsten Monate 80 Jahre alt sein werde.

Endlich werden die Schriftführer gewählt und die Sitzung gegen 4 Uhr geschlossen. Nächste Sitzung Montag 1 Uhr.

Breslau, 14. Januar. [Ihre Majestät die Königin] besuchte gestern die kais. Radjwillische Familie und wohnte heute dem Gottesdienste im Dome und der Eröffnung des Landtages bei.

[Se. königl. Hoheit der Kronprinz] begab sich gestern früh zu der von Sr. Majestät dem Könige im Grunewald abgehaltenen Jagd und kehrte nachmittags gegen 5 Uhr in das Palais zurück. Abends gegen 10 Uhr begab sich Höchstersehe zu dem englischen Botschafter und verweilte in der Soire derselben bis nach 11 Uhr. Ihre königliche Hoheit die Frau Kronprinzessin empfing Abends die Gräfin Blumenthal-Ludow und Gräfin Harrach.

Der Geheim Ober-Regierungsath Schumann ist zum ordentlichen Mitgliede des königlichen Landes-Oeonomie-Collegiums von dem Herrn Minister für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten ernannt worden.

(Staats-Anz.)
[Allerhöchster Erlaß vom 18. Dezember 1864.] Ich bestimme mit Bezug auf den § 8 des Militär-Pensions-Reglements vom 13. Juni 1825, daß der diesjährige Feldzug gegen Dänemark den dabei Theilnehmenden

bei Berechnung ihrer Dienstzeit als ein Kriegsjahr in Anrechnung kommen soll. Für die Theilnahme ist der statutenmäßige Besiz der durch Meine Ordre vom 10. November v. J. gestifteten Kriegsdienstmedaille maßgebend. Das Staatsministerium hat hiernach das Weitere zu veranlassen.
Berlin, den 18. Dezember 1864.

Wilhelm. (ges.) v. Bismarck.

Breslau, 14. Januar. [Ueber die Eröffnung des Landtages] schreibt noch die „B. u. S. Z.“: Der Eröffnung war um 11 1/2 ein Gottesdienst für die evangelischen Mitglieder im Dom, für die katholischen in der St. Hedwigskirche vorausgegangen. Im Dome waren Se. Majestät der König und der gesammte königliche Hof, die Minister, Generale und sonstige höchsten Staatsbeamte erschienen. Die Predigt hielt der General-Superintendent Dr. Hoffmann, der Domchor wirkte bei der liturgischen Feier mit. In der St. Hedwigskirche pontificirte der Propst Karker. Inzwischen hatte sich im Lustgarten an der Schlossfreiheit eine zahlreiche Menschenmenge versammelt. Auf dem Schlosse wehte die königliche Fahne.

Im weißen Saale füllten sich gleich nach dem Eröffnen desselben um 12 Uhr die Zuschauertribünen. Die Einrichtung des Saales war die hergebrachte, der Thron war unverändert, zu seiner Rechten standen sieben Sessel für die königl. Prinzen, zur Linken die Stühle für die Minister. Allmählich fällt sich auch die Diplomatenloge, das diplomatische Corps ist sehr zahlreich anwesend, fast kein einziger der zur Zeit hier anwesenden Botschafter und Gesandten fehlt. In der für den königlichen Hof reservirten Säge erschienen: Ihre Maj. die Königin, S. k. h. die Frau Prinzessin Karl, die Damen des Gefolges u. s. f. Im Saale und vor demselben geben Mannschaften der Garde-Untersoffiziers-Compagnie die Ehrenposten.

Von 12 1/2 Uhr ab beginnt sich der Saal zu füllen. Außer den Mitgliedern beider Häuser des Landtages erscheint die zur Feier geladene Generalität, an der Spitze der General-Feldmarschall Graf v. Wrangel (in der Uniform des ihm kürzlich verliehenen 35. Inf.-Reg.), der kais. österr. Stappen-Commandant, der Minister des königl. Hauses, Freiherr v. Schleinitz, der sich später den Hofchargen anschließt, der die seitliche Gesandte am brüßler Hofe, Freiherr v. Bauls u. s. w. Alle zur Tragung von Uniformen berechnete Personen erscheinen in großer Gala mit großen Ordensdecorationen. Die Menge der reichen Militärs, Civilbeamten, landständischen und Johanniter-Uniformen, die Ordne der Geistlichen und Professoren macht in gewohnter Weise eine glänzende Wirkung. Im Saale herrscht eine lebhafteste Conversation. Kurz vor 1 Uhr traten, von der Bildergalerie kommend, die Minister in den Saal und stellten sich, den Ministerpräsidenten an der Spitze, nach dem Dienstalter zur Linken des Thrones auf. Die Minister tragen die Galauniform, Herr v. Bismarck erscheint mit dem Bande des schwarzen Adlerordens. Gleich darauf erscheint, unter Vortritt der Obersten- und Ober-Hofchargen Se. Majestät der König, gefolgt von Ihren königl. Hoheiten dem Kronprinzen, den Prinzen Carl, Friedrich Carl, Albrecht, Albrecht (Sohn), Adalbert und Alexander von Preußen und August von Württemberg. Die Prinzen stellen sich zur Rechten des Thrones auf, die Hofchargen treten hinter die Stühle. Der König trägt die große Generals-Uniform, das Band des schwarzen Adlerordens und die Kette des hohenzollern'schen Hausordens, und den decorirten Helm. Die Prinzen erscheinen meist in der großen Generals-Uniform, sämmtlich mit dem Bande des schwarzen Adlerordens. Bei seinem Eintritt in den Saal wird der König mit einem dreifachen Lebehoch begrüßt. Der König verneigt sich huldvoll, besteigt die Stufen des Thrones und empfängt aus den Händen des Ministerpräsidenten die Thronrede, welche er bedeckten Hauptes stehend, mit lauter, überall vernehmlicher Stimme verliest. Die Abschnitte am Schluß, den Conflict betreffend, werden lebhaft betont.

[Landtagsvorlagen.] Die Regierung wird sofort nach Constitution des Abgeordnetenhauses, d. h. nach Wahl der Fachcomissionen Vorlagen einbringen. Wie es heißt, zunächst das Budget. Die Angabe, daß die Militärvorlage zuerst dem Herrenhause vorgelegt werden soll, gewinnt an Wahrscheinlichkeit, ob diese Vorlage jedoch eine veränderte Gestalt angenommen hat, wie gleichfalls behauptet wird, ist minder wahrscheinlich.

[Die Antwort auf die sogen. Siebzehner-Adresse des Frn. v. Scheel-Plessen] lautet:
„Berlin, den 11. Januar 1865.

Geehrte Herren!

Das gefällige Schreiben vom 22. Dezember v. J., mit welchem Sie mir die, an Ihre Majestät, den König, meinen allergnädigsten Herrn, und den Kaiser von Oesterreich gerichtete Adresse im Auftrage und in Vollmacht der übrigen Herren Unterzeichner übersandten, habe ich zu empfangen die Ehre gehabt und nicht gekümmert, Ihrem Wunsche gemäß, die Adresse Sr. Majestät dem Könige vorzulegen und Seine Befehle zu erbiten.

„Ich erfülle eine angenehme Pflicht, indem ich im allerhöchsten Auftrage Sie benachrichtige, daß Se. Majestät der König die Adresse gern entgegen-genommen hat.“

„Allerhöchstersehe legt einen hohen Werth auf die Stimme von Männern, welche in ihrem Vaterlande eine so große und wohlverdiente Achtung genießen und durch eine innige und langjährige Vertrautheit mit den Verhältnissen desselben zu einer Würdigung seiner wahren Interessen berufen sind.“

„Indem Allerhöchstersehe überzeugt ist, daß die darin ausgedrückten Wünsche aus einem wahren Patriotismus hervorgegangen sind, erkennt Se. Majestät mit Befriedigung darin den Ausdruck eines richtigen Verständnisses der Verhältnisse, einer ernsten und redlichen Achtung vor dem Recht und einer eingehenden Würdigung der Bedürfnisse der Herzogthümer, welche die Nordmarken Deutschlands bildend und durch eine lange und ehrenvolle Geschichte zu reicher Blüthe entwickelt, ebenso sehr auf einen vollen und ausreichenden Schutz nach außen, wie auf eine Beachtung ihrer inneren Eigenheiten Anspruch haben. In allen diesen Beziehungen ist es das Bestreben des Königs, den Herzogthümern eine ihrer Wohlthat wie dem Recht entsprechende Stellung zu sichern, und indem Ihre Adresse ihn in der Gewissheit bestärkt, daß Se. Majestät dabei auf ein vertrauensvolles Entgegenkommen im Lande rechnen darf, kann der König mit um so größerer Zuversicht das Gelingen dieses Bestrebens erwarten, als Allerhöchstersehe sich mit Seinem hohen Verbinden und gegenwärtigen Mit-Inhaber der höchsten Gewalt in den Herzogthümern in der warmen und herzlichsten Theilnahme und Fürsorge für dieselben begegnet.“

„Ich stelle Ihnen ergebenst anheim, diese im allerhöchsten Auftrage Ihnen mitgetheilten Gesinnungen Sr. Majestät des Königs, meines allergnädigsten Herrn, auch zur Kenntniß Ihrer Vollmachtgeber, der übrigen Unterzeichner der Adresse, zu bringen.“

[Der Gegner Ferdinand Lassalle's] der vielgenannte Studiosus v. Rakowiz, ist — wie die „Mont. Ztg.“ meldet — Gegenstand der eifrigsten Verfolgung der eben so oft genannten Gräfin Hatzfeld. Letzterer ist es gelungen, die Ausweisung des Genannten aus Paris zu bewerkstelligen, wohnin er sich zur Vermeidung seiner Studien begeben hatte. Jetzt ist R. nach Bukarest zu seiner Familie zurück-

gekehrt. Ueber das Ob und Wann seiner Vermählung mit Gräulein v. D. verlautet Nichts.

Königsberg, 13. Januar. [In der Angelegenheit, die hiesige Oberbürgermeisterwahl betreffend], hat der Minister des Innern, nach der Mittheilung der „Ostpr. Ztg.“, aus Veranlassung der — auch von der Regierung bereits gestügten — nicht rechtzeitig erfolgten Einladung der Stadtverordneten eine nochmalige Wahl unter Verwerfung des ersten Wahlaufes angeordnet.

Danzig, 9. Jan. [Zur glogauer Affaire.] Seit wurde von hiesigem Gericht unter Ausschluss der Öffentlichkeit auf Vernichtung sämmtlicher vorfindlichen Exemplare folgender Druckschriften, so wie der dazu gehö- rigen Formen und Platten erkannt: a) „Portraits der in der traurigen glogauer Angelegenheit theilgenommenen Personen u. Leipzig. Verlag des Inseparaten-Comptoirs“; b) „Die verhängnisvolle Nacht. Enthüllungen über den geheimnißvollen Tod des Fräulein Agnes Sanber zu Glogau am 5. October 1864 u. Zweite Auflage. Leipzig 1864. Commissionsverlag von A. M. Goldig.“

Deutschland.

Koburg, 12. Jan. [Der Kabinetstath Tempelhey] ist von dem Herzog wieder nach Kiel gesandt worden, um dort bis auf Weiteres zu verbleiben. (K. Z.)

Oesterreich.

Wien, 13. Jan. [Oesterreichisch-preussischer Depeschen- wechsell.] Die „Presse“ bringt folgende wichtige Mittheilungen: Wir sind in der Lage, über die vielbesprochenen preussischen, beziehungsweise österreichischen Depeschen vom 13. und 21. Dezember v. J. einige nähere Aufschlüsse zu geben. Unter dem ersten Datum schrieb Herr v. Bismarck an Herrn v. Radenberg, preussischen Geschäftsträger in Wien, zwei vertrauliche Depeschen, von welchen die eine das Verfahren bei Aushebung der Bundes-Erecution in Holstein, die zweite den Standpunkt Preußens zur Successionsfrage in den Herzogthümern mit großer Verständlichkeit und geringen praktischen Resultaten behandelt. Die erstere Depesche stellt sich vorzüglich die Aufgabe, nachzuweisen, daß Oesterreich bei Beseitigung der Bundes-Erecution Preußen keinerlei Concessionen gemacht habe, sondern daß vielmehr Preußen es gewesen sei, welches aus diesem Anlasse Beweise einer Mäßigung und Selbstbeherrschung gegeben habe, die man hoffentlich nicht vergessen werde. Im Verlaufe seiner Beweisführung schlägt dann Herr v. Bismarck einen cordialeren Ton an, und steht nicht an zu erklären, daß ihn in seinem Kampfe gegen die Mittelstaaten namentlich auch das Princip leite, daß Preußen auf die Vota von Regierungen kein Gewicht legen dürfe, die sich in ihren Entschlüssen von den Manifestationen ihrer Landesvertretungen oder politischen Vereine beeinflussen ließen. Es sei das parlamentarische, ja es sei das revolutionäre Princip, welches er in den Uebergriffen der Mittelstaaten bekämpfe, wie er ihm im Innern Preußens den Krieg mache.

Wiel weitläufiger läßt sich Herr v. Bismarck in dem zweiten Aufsatze vom 21. Dezember aus. Praktisch läuft dasselbe auf die Eröffnung hinaus, daß er den Kriegs- und Handelsminister veranlaßt habe, die Bedingungen zu formuliren, unter welchen Preußen ohne Gefahr für seine Sicherheit und für Deutschlands Interessen die Selbstständigkeit der Herzogthümer anerkennen könne, und daß er, wenn diese beiden Minister an den König Bericht erstattet haben würden, das wien- er Cabinet von den hiernach geschöpften Beschlüssen seines Gouvernements in Kenntniß setzen wolle. Um so breiter und, man muß gestehen, um so offenerherziger und unbefangener sind aber die dieser Eröffnung vorausgeschickten Raisonnements. Preußen und Oesterreich, meint Herr v. Bismarck, könnten und sollten, wie die Dinge gegenwärtig stehen, einander mehr gewähren, als ihnen das deutsche Bundesrecht zur vertragmäßigen Pflicht mache, Sie seien Mitbesitzer des durch Art. 3 des wien- er Vertrages an sie abgetretenen Territoriums der drei Herzogthümer. Oesterreichs geographische Lage sei derart, daß es seinerseits kein Interesse habe, sich einen Theil dieses Gebietes dauernd einzuverleiben. Die Annexion der Herzogthümer an Preußen würde den deutschen Interessen im höchsten Grade förderlich, den österreichischen aber nicht zuwiderlaufend sein. Er, Herr v. Bismarck, wisse indeß wohl, daß er diese Annexion ohne die Zustimmung Oesterreichs nicht vollziehen könne. Preußen seinerseits könne aber sich über die Successionsfrage nicht früher äußern, als bis seine Stellung zu dem künftigen Staate genau stipulirt sei. Es könne seine bedeutenden militärischen und maritimen Interessen nicht auf Gnade und Ungnade in die Hände des zukünftigen Souveräns liefern. Diese Interessen also festzustellen, seien die Minister des Krieges, der Marine und des Handels veranlaßt worden, ihre Gutachten zu erstatten u. s. w. Der österreichische Vorschlag, den Prinzen von Augustenburg provisorisch an die Spitze der Herzogthümer zu stellen, könne von Preußen nicht angenommen werden; dieser Akt würde den Ansprüchen der anderen Prä- tendenten präjudiciren und speziell auf die Regierungen von Oldenburg, Hannover und Rußland einen üblen Eindruck machen, was Preußen bei seinen freundschaftlichen Beziehungen zu diesen Höfen vermeiden müsse. Dies der wesentlichste Inhalt der sehr umfangreichen zweiten berliner Depesche vom 13. Dezember.

Graf Mensdorff hat, wie gesagt, beide Schriftstücke in zwei analo- gen Depeschen unter dem 21. Dezember beantwortet. Zur Bundes- frage will das wien- er Cabinet seiner Gewohnheit gemäß sich der Ex- teration vollzogener Thatfachen enthalten; da indeß Preußen angedeu- tet, daß es im Falle eines Beschlusses im Sinne der Minorität sich diesem thatsächlich und mit den Waffen in der Hand widersetzen hätte, so dürfe Oesterreich nicht zögern, zu erklären, daß Preußen dann nur das Recht des Stärkern auf seiner Seite und die ganze Verantwort- lichkeit für seine Handlungsweise allein zu tragen gehabt haben würde. Durch Artikel 13 der Bundes-Erecutions-Ordnung seien die deutschen Großmächte unbestreitbar verpflichtet gewesen, die Aufhebung der Erec- ution am Bunde zu beantragen; wie Preußen, als es diesen Antrag mit stellte, eine Concession an Oesterreich gemacht habe, sei also nicht zu erkennen.

In der zweiten Depesche äußert sich nun Graf Mensdorff über die Erklärungen Preußens zur Herzogthümerfrage selbst. Er wisse nicht, was Hr. v. Bismarck damit meine, wenn er sage, Preußen und Oester- reich könnten einander mehr gewähren, als ihnen die Bundesverträge zur Pflicht machten. Hier liege eine Frage vor, an deren Lösung Oesterreich im deutschen Interesse theilgenommen habe, und deren Lösung es im deutschen Interesse zu Ende bringen wolle. Wenn Preußen auf es den Gedanken einer Einverleibung der Herzogthümer zurückkomme, so müsse Graf Mensdorff daran erinnern, daß ja schon Graf Karolyi er- mächtigt gewesen sei, dem König Wilhelm selbst zu erklären, daß Oester-

